

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. April 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40

## Die kommunistische Offensive

II. Warum sie ausbrach und weshalb sie scheitern mußte

Unser Artikel I in Nr. 38 galt der Beweisführung, wie die ersten Anfänge der großwahnsinnigen kommunistisch-fundamentalistischen Märzoffensive von 1921 zu lachen und zu erlächeln sind, was man zunächst alles für die „Einheitsfront“ zu gewinnen gedachte, und daß nach den erhaltenen Ablagen von den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Arbeiterparteien diese schwere Bannflüche über sich ergehen lassen mußten. Der Trick mit dem „Offenen Briefe“ war damit erledigt. Es mußten andre, zugkräftigere Dinge herausgeholt werden, die zu bekämpfen man verpöndelgemäß (bei dem schon geschickterten lieblichen Alibi) gelang an die von den Kommunisten aus rechtsstehende Arbeiterkassen) alle n unternehmen wollte. Die Organe wurde fast ausschließlich als Zugmittel übernommen.

Für Ergänzung des Aktionsprogramms mußte dann der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Mehrheitssozialist Hörning, fortgen, der nach einigen mitleidlichen industriellen Hochburgen, die von den Kommunisten beherrscht werden, Kommandos von Landespolizei entsandte, um die öffentlichen Sicherheit in den Gemeinden und den großen Betrieben wieder mehr in ein normales Stadium zu bringen. Die bayerische Regierung mit ihrem weiteren Troste gegen die Auflösung der Organe kletterte den um eine zugkräftige Lösung verlegenen Kommunisten ebenso wertvolles Material. Nun, mit dem 17. März, ging ein Schlüsselstück in der „Roten Fahne“ los, die auf einmal nicht mehr von der Zentrale gezeichneten Aufrufe wurden lang und länger und arteten in blinde, blutrünstige Raserie aus, bei der es gar nicht mehr darauf ankam, was man noch vorzagen geschrieben hatte. Sollte die Konterrevolution wirklich zum Schlag ausgehört, dann hätte eine solche Sprache — in den Kritiken erschien sie ein wenig gemäßigter — nicht überboten werden können, denn die Tatsache allein würde wie im vorigen Jahre beim Kapp-Putsch genügt haben, die ganze Arbeiterkassen wie einen Mann aufleben zu lassen. Aber weil die Reaktion trotz großer Mühen in einzelnen Kreisen so weit sich gar nicht herauswagte, um so wahrnimmer brüllten die kommunistischen Sirenen einen neuen Kapp-Putsch hinaus. Wie blöd das Einbeziehen der Arbeiterkassen versucht wurde, geht aus der umstehend befindlichen Zusammenstellung von nur wenigen Ausblicken aus einer unheimlich großen Kollektion hervor, die auch von einer wundervollen Gestaltung zeugen gegen die rechts von den Kommunisten lebende große Mehrheit der Arbeiter in der SPD, und UFD.

Da nach dem Mißgelingen des Coups mit dem „Offenen Briefe“ von vornherein klar sein mußte für die kommunistische Führungsschar, daß gegen den unwirklichen Aufmarsch der Gegenrevolution nur die schwache Bundesgenossenschaft der abgeputzten Kommunisten und Unionisten zu haben sein würde, so mußte ein bestimmender Faktor von außerordentlichem Einflusse noch obwalten für das unzeitgemäße Vorgehen. Das ist die totale Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von den die dritte Internationale dirigierenden bolschewistischen Imperialisten. Die Sowjetgrößen überfluteten Deutschland nicht nur mit „Aufrufen“, sondern, die bei den Gutgläubigen, die sich noch einige deutsche Nachdenklichkeit bewahrt haben und deshalb der dogmatischen bolschewistischen Denkweise nicht so folgen wollen, schon in launigen Inzeresse verfinden, sondern sie stechen auch heidenmäßig Geld in das deutsche Weltloch. Hier die von ihnen allezeit ausbrucherell gefundene Weltrevolution einladen zu lassen, ist der Wünsche höchster bei ihnen. In dem durch Parteiherrschaft förmlich verklärten Rußland hat es aber von Mitte Februar an selbst böse gewillert. Es ist schon viel über die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Rußland zusammengezeichnet worden in der deutschen Presse. Was aber in der letzten Zeit von den kommunistischen Blättern zur „Mitteilung“ über die Ausstrahlungen des

bolschewistischen Absolutismus geschrieben worden ist, muß als ebenso großer Schwindel bezeichnet werden. Der Überfall des kleinen sozialistischen Georgien durch das bolschewistische Rußland ist ein ganz gewöhnlicher Eroberungszug. Was die sogenannte Sowjetregierung, in Wirklichkeit aber nur terroristische Parteiregierung der Bolschewisten, in Persien und Indien vor hat, ist Sowjetimperialismus und will mit den Befürwortungen über das friedfertige Rußland schlecht übereinstimmen. Kapitalistischer Weltimperialismus und kommunistischer Sowjetimperialismus werden sich bald an Gerissenheit nichts nachgeben, wahrscheinlich auch nichts an Ausbeutungsmethoden und Brutalitätspraktiken. Rußland ist tatsächlich in ein neues Stadium seiner Revolution eingetreten, bei dem es aber auch aufzulegen kann.

Der Aufstand in Kronstadt vom 2. März bis ungefähr zur kommunistischen Märzoffensive in Deutschland war ein starkes Weltzeichen für die Bolschewistenherrschaft. Mit dem weißgardistischen Putsch eines zaristischen oder abfallenden bolschewistischen Generals hat dieser Vorgang gar nichts zu tun. Die Kronstädter Matrosen bildeten vielmehr die bolschewistische Avantgarde und waren einleuchtend das Ideal einer „roten Armee“. Die Publikationen der Kronstädter proletarischen Konterrevolutionäre lassen klar erkennen, daß sie keineswegs in ein reaktionäres Fahrwasser geraten sind, sondern lediglich, daß sie sich aufleben gegen den immer stärker werdenden Terrorismus der Moskauer Regierungswesen. Die Programmklärung der Kronstädter kommunistischen Matrosen in ihrem Organ befaßt u. a.:

Die elementaren Zustände, durch die das Bauerntum seinen Proletat ausdrückt, und die durch die Not erzwungenen Streiks der Arbeiter werden mit Massenerhebungen nach der Methode der zaristischen Generale unterdrückt. In einem Meer von Blut erstickten die Kommunisten alle großen Parteien der Arbeiterbewegung.

Die Geduld des Volkes ist zu Ende. Hier und da brachen Aufstände aus, freilich die Arbeiter. Die bolschewistischen Gendarmen aber bemühten sich mit allen Mitteln, das Kommen der dritten Revolution zu verhindern. Und dennoch kommt sie und vollzieht sich durch die Arbeiter selbst. Hier in Kronstadt ist der erste Stein der dritten Revolution gelegt worden, die einen breiten Weg öffnen wird für den sozialistischen Aufbau.

Die neue Revolution wird den Arbeitern erst die Möglichkeit geben, die freigelegten Räte, frei vom Gewaltdruck einer Partei und ihrer jetzigen einkalernierten Gewerkschaften, in freie Verbindungen der Stadt- und Landproletarier und der geistigen Arbeiter umzubilden.

In Petersburg war es vordem zu einem schwachen Anlaufe des Unternehmens von Kronstadt gekommen, und wenn dieser auch von dem „blutdürstigen Trotski“ und dem „gemäßigten Sinowjew“ mittels der noch am sichersten anzusehenden Teile der roten Armee blutig niedergeschlagen worden ist, die innere Auflösung des Bolschewismus wird weiterbreiten. Bis zur Schreckensherrschaft ausartender Terrorismus und blutiger Bürgerkrieg können auch in Rußland nicht auf die Dauer das Herrschaftsinstrument einer durch und durch rücksichtslosen Minderheitspartei bleiben, in der sich nicht die Diktatur des Proletariats ausdrückt, sondern eine beispiellose über das Proletariat. Die außerordentlichen Kommissionen (des politischen Polizei) mit ihren berüchtigten brutalen Methoden können nicht als Trost und Rettung noch lange Zeit die Stellen fähigen schützen, so Trotski und Budarin, Dzerzinsky und Rakowitsch thronen. Die Menschewisten, Sozialrevolutionäre und das Reichsbanner der Parteilothen bilden nun einmal die über-rote Mehrheit des russischen Volkes. Das stärkere Aufkommen der Anarchisten gibt auch einen Gradmesser ab für die Entwicklung der Dinge in dem bolschewistisch-kommunistischen Rußland.

Die russischen Gewaltdäber brauchen unter diesen Umständen einen Wüthabeller von den eigenen Völkern sehr eilig. Sie haben in Deutschland weitende Berater und in dem unaussprechlich talent- und mutvollen Dr. Kurt Geyer blamablen Leipziger Augenbedenken einen Vertreter der UFD in Moskau selbst. Dieser junge Mann er-

lebt jeden Morgen und an jedem Abend in seinen arg verschrobenen Vorstellungen die Aufrichtung der Rätediktatur in Deutschland mit allen dazu gehörigen Schönheiten. Etwa mit dem Ausbrechen der kommunistischen Offensive zusammenfallend verkündete denn auch dieser einflussreiche (März 1919) Generaldirektor der „Räterepublik Leipzig“ auf einem Bolschewistenkongress in Moskau, daß in Deutschland die kommunistische Saat reif sei. Aber ein kleines... Das offizielle Rußland hatte inzwischen schon auf den Knopf gedrückt, und der leere Spektakel mit der kommunistischen Offensive ging los; es war aber von seinen Folgen wie von den deutschen Beratern böse eingeleitet worden. „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Leipziger Volkszeitung“, die beiderseitigen Parteinstanzen, der Gewerkschaftsbund wie die örtlichen Gewerkschaftszentralen gaben schnell Konterdampf; die unabhängigen Organe in einer so haarscharfen Charakterisierung des kommunistischen Tuns, wie die mehrheitssozialistischen Blätter es bei früheren Putschaktionen es gar nicht wagen durften. Wie Moskau die kommunistischen Puppen in Deutschland tanzen läßt, hat der „Vorwärts“ am 3. April an dem Abdruck eines Schreibens dokumentiert, das von dem provisorischen Internationalen Räte der Gewerkschaften ausgeht und den Deutschen gebietet, auch die Unionisten zu schluden. Aber den Bedarf an Geheimnissen soll wöchentlich Meldung erstattet werden. So liegt es auch auf rein politischem Gebiete. Der von Moskau erzwungene Rücktritt am Ende Januar von Lepki, Däumig, Zetkin, Braß und Adolf Hoffmann und die Auflösung der kommunistischen Zentrale in ihren hauptsächlichsten Posten mit notdürftigen Strebern — der zum Vorkommen avancierte ehemalige Kriegsberichterstatter Stöcker wird allgemein an ungünstigsten beurteilt — und sklavenhaften Moskauanbetlern hat das genügend dargestellt. Die Zurückgetretenen waren keine ausgesprochenen Putschaktivisten und wußten noch zu unterscheiden zwischen den russischen und den deutschen Verhältnissen. Deswegen waren sie auch nicht zu gebrauchen für die „große Aktion“, die sie in beschiedeneren Grenzen mit dem „Offenen Briefe“ eingeleitet hatten, aus dessen Mähdlingen in diesem ersten Stadium sie aber wohl schon gewisse Konsequenzen zogen.

Das Mitteldeutschland um Halle mit seiner neuerstandenen riesenhaften chemischen Industrie, Hamburg und einige Teile des westlichen Industriegebietes blieben die kommunistischen Brandherde. Dort gündete die von der „Roten Fahne“ und andern Blättern dieses Schlags betriebene Aufhebung mit den unfünftigen Kraftworten und den widerlichsten Beschimpfungen sowie den gemeingefährlichsten Ratschlägen, wobei es zu Widersprüchen und Abstreitungen kam, wie sie aus der Zusammenstellung auf der andern Seite (M — Morgenausgabe, A — Abendausgabe) nur an einzelnen Ausdrücken und auch nur stichwortweise sich drastisch ergeben. In den Zeitungen wird wieder viel übertrieben worden sein, aber was nach solchen Aufpuffungen — in Flugblättern und Maueranschlägen war weit Echlimmeres zu finden — und bei dem Zusammenwirken der Vereinigten kommunistischen Partei mit der kommunistischen Arbeiterpartei, mit den Unionisten und den Syndikalistischen, die sich gegenständig im Räterestitut den Rang ablaufen, mit gültiger Unterliegung des unlagbaren Mobs herauskommen mußte, kann nicht zu weit von diesen Schreckensbildern sich bewegen. Das Ganze ist denn auch weniger ein Zustand mit revolutionären Mitteln, sondern eine große Fälschung mit allen Mitteln gewesen, die diejenigen, die als ehrliche Anhänger des Kommunismus an dieser unglaublich unvorfindlichen und künstlich gemachten Aktion teilgenommen haben, zur Erkenntnis der totalen Unfähigkeit, Gewillenslosigkeit und Gefährlichkeit der neuen Leute für die Arbeiterklasse bringen muß. Was vom 17. März an in Aufpuffung und dann von der Aufrüstung des „allgemeinen Generalkomitees“ am 24. März an Menschenopfern auf Arbeiter wie auf Polizeifeute, an Sachbeschädigungen und Ersparnissen zu verzeichnen ist, legt Zeugnis ab von einer gewaltigen Gewinnung, die nimmermehr einer geistig hochstehenden Arbeiterklasse wie der deutschen zu eigen sein kann. Man darf trotzdem nicht übersehen, daß Parteikadere und schämmere Elemente in den radikalsten Parteien immer ein Be-



Kommunistenblatt „Neue Ordnung“ vom 23. März ein Berliner Brief offenbar, worin es heißt, die Konterrevolution sei gestiftet, wohl organisiert und bis an die Zähne bewaffnet. Was Proletariat sei aber abgekämpft und abgekämpft. „Man kann auf allerlei Gefahr sein in den nächsten Tagen, aber die Arbeiter werden nur blutige Köpfe bekommen.“ zudem herrsche keine Kampfesstimmung im Proletariat, die Lage sei also mies. Ausführlich ist dieses Stimmungsbild aus Berlin in der „Freiheit“ vom 30. März morgens nachzulesen. Wenn die „Freiheit“, die „Leipziger Volkszeitung“ u. a. die kommunistischen Putschmacher in allen Variationen und Stärkegraden der Betonung Verbrecher nennen, dann ist dieses Verdikt schon wegen dieses einen Satzes berechtigt. Dazu kommt, daß die „Rote Fahne“, die jetzt die deutsche Bourgeoisie von einer schweren inneren und äußeren Krisis befallen sieht, noch bis zum Loslegen mit ihrer Aufregung die kapitalistische Offensiv auf allen Seiten und Enden ausbrechen las, also das Gegenteil von Krisen feststellte. Einen einzigen Satz in dem Aufrufe könnte man unterschreiben, nämlich den, wo erkenntnisvoll gesagt wird: „Die Orgelspieler und Provokateure hassen die Arbeit erleichtern.“ Damit werden die Kommunisten aber immer zu rechnen haben bei ihrer Zusammenkunft, sie wollten deshalb in lichterem Augenblicke auch nichts von Putschern wissen, wie im zweiten Abschnitt schon allert wurde.

Wenn die Zentrale auch diese schändlichen Schmähungen glaubt auslösen zu müssen:

Der Frontalangriff gegen die offene und verdeckte Gegenrevolution, zu dem die WFD. aufrief, wurde nicht niederkämpft von der legalen und illegalen Macht der Militärs und kapitalistischen Ausbeuter. Dieser Gegenangriff wurde durch den Stankenshof der SPD. und USG. in der Enstaltung verhindert. Diese beiden „Arbeiterparteien“ raufen sich um die Ehre, die kämpfenden Proletarier niedergumachen,

so daß sie damit die Gesamtheit der sozialdemokratischen Parteien, nicht allein die Führer, beschimpft und wird sich gegen sie auslösen müssen, daß ihr zum Schluß in grenzenloser Borniertheit ausgetohtener neuer Putschruf:

Formiert euch neu zum Kampfe. Steht gerüstet. Bald heißt es wieder: Sturmtruppen unters Sinn! Drauf und dran gegen die Feinde! sich auch gegen die Arbeitermehrheit richtet und von dieser aufgenommen werden wird. Sie wird es verhindern wissen, daß die Reaktion noch mehr zur Erstarkung kommt durch solche Wahnsinnsakte unreifer und unterantwortlicher Menschen. Die WFD. den Schimpfpannen Ploniere der Reaktion, verdient haben und die von jedem wahrhaft vorwärts strebenden und drängenden Arbeiter als Spießgesellen der Gegenrevolution energisch bekämpft werden müssen.

In einer Stelle wird auch der „Mitarbeiter“ der Gewerkschaftspresse gedacht. Durch Dynamitattentate sollte eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten erzeugt und die Arbeiter untereinander verwirrt werden. „Diese Verwirrungsarbeit wurde vor allem durch den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ und die Gewerkschaftspresse auf schamloseste besorgt“. Die Gewerkschaftspresse hat indes nach ihrer Erscheinungsweise sich nur erst ganz wenig mit der kommunistischen Offensiv beschäftigt können, es wird dies aber noch genügend gelcheben, denn die Kommunisten haben ein politisches und ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm zu ihrer Durchföhrung von Moskau vorgeschrieben. Das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes hat außer dem „Korr.“ allerdings schon Betrachtungen über den neuen Märzputsch gebracht. Von alledem halte aber die Zentrale bei Abfassung ihres Aufrufs noch keine Kenntnis. Das Schwimdbild mißlingt ihr also ebenso wie das Aufputschen.

## Streikbruch oder Solidarität?

Eigentlich sollte man nicht glauben, daß es überhaupt Gewerkschaftler, richtiger: Buchdrucker gibt, die nur einen Augenblick zögern können, um sich für das Richtige zu entscheiden. Das es aber trotzdem solche gibt, geht aus den Ausführungen unres Verbandsvorstandes auf der Gavourfseherkonferenz zu dem Antrag einiger Mitglieder auf Ausschluß von Mitgliedern wegen — nennen wir es doch richtig — Streikbruch hervor. Daß es ein solcher ist, hat auch die Verwandlung des Wortes in ein „Kernhalten von lokalen Streiks“ nicht ganz verwischen können.

Verlesen wir uns einmal in die Lage, daß eine Mitgliedschaft einen brüchigen Streik beschließt; ob dies nun ein „wilder“ Streik oder einer von den betreffenden Gavourf Begriffsinstanzen gebilligt ist, darauf kommt es bedem, was ich hier sagen will, nicht an. Sollen wir uns dann vor, daß ein Mitglied des betreffenden Ortsvereins auf den Beschluß, der doch immer durch die Mehrheit gebilligt ist — umsonst wäre er ja nicht in der Welt — pleißt und trotzdem zum — Arbeiten geht. So ist das doch schwerste Durchsicherung der gewerkschaftlichen Disziplin, die auch im Ortsvereine hochgehalten werden muß. Für die aus solchen Beschlüssen sich ergebenden Konsequenzen trifft doch die persönliche Verantwortung in den Hintergrund und wird zum größten Teil von der Mitgliedschaft

als Ganzes die Verantwortung dann getragen. Wollte sich der Teil der Kollegen, der sich beispielsweise mit den Beschlüssen des Verbandsvorstandes nicht einverstanden erklären kann, außerhalb dieser Beschlüsse stellen, fürwahr, das gäbe ein schönes Tohuwabohu.

Zimmerlein könnte ein Stallegen den Ausschlußanträgen gegenüber nur unter diesen Gesichtspunkten nicht ganz schicklich erscheinen. Aber vom Standpunkte der Solidarität muß das Verhalten solcher Streikrührer unbedingt scharf verurteilt werden, soll es nicht dahin kommen, daß Solidarität eben nur ein Wort bleibt, hinter dem entgegengesetzte Taten stehen, die zu verurteilen der Verbandsvorstand sich nicht entschließen zu können glaubt. S. S.

Den Kollegen L. S. müssen wir mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam machen, daß ein Zuwiderhandeln gegen hilps und klare Beschlüsse der Generalversammlung unres Verbandes gegen die gewerkschaftliche Disziplin verstoßt. Ob das ein einzelnes Mitglied oder eine ganze Mitgliedschaftsverammlung ist, überlät daran gar nichts. Die Nürnberger Generalversammlung unres Verbandes hat lokale und wilde Bewegungen als unzulässig erklärt (vgl. Seite 238 mit dem entsprechenden Beschlusse sowie die Ausführungen des Berichterstatters auf Seite 78 und weiter verchiedene Redner auf Seite 250 des Protokolls). Wer sich also an solchen Bewegungen nicht beteiligt oder sich von ihnen trenn davor, handelt nur im Sinne dieses Beschlusses; wer sich da egen daran beteiligt, kann es nur auf eigene persönliche Verantwortlichkeit tun und seinen Anspruch auf organisatorischen Schutz der Unterthöhrung erheben. Die gewerkschaftliche Solidarität bedingt vor allen Dingen unbedingte Beachtung der Beschlüsse der zuständigen gewerkschaftlichen Parlamente. Der Verbandsvorstand und die Gavourfseherkonferenz sind lediglich zu subordnenden Instanzen für die Beschlüsse der Generalversammlung. Beide haben daher gar kein Recht, diese Beschlüsse irgendwie abzuweichen oder ihre Beachtung anzuerkennen; sie sind sogar verpflichtet, für deren Einhaltung alle zulässigen statutarischen Mittel in Anwendung zu bringen, andernfalls hat von der nächsten Generalversammlung d s Verbandes zur Rechenschaft gezogen werden können. Von dieser Verantwortung kann sie auch kein Beschluß irgendener Mitgliederversammlung befreien; im Gegenteil, alle derartigen Beschlüsse verstoßen gegen die gewerkschaftliche Disziplin, ganz gleich, ob es sich um die Mitgliedschaft einer Orts- oder eines kleinen Provinzdruckers handelt. So liegen in der Sache zwei verschiedene Möglichkeiten vor, die sich nicht in sich selbst ausschließen. In einer Gewerkschaft handelt es sich um die Solidarität der Mitglieder untereinander, die sich auf Kommando ihrer Leitung leicht erfüllen oder erfüllen lassen müssen; die Gewerkschaften dagegen fordern nur einheitliche Beachtung der selbstgewählten Gesetze. Sehen sich einzelne Mitglieder oder auch ganze Mitgliedschaften über diese demokratischen Grundgesetze hinweg, so verstoßen sie sich auf die Regeln gegen die gewerkschaftliche Disziplin, den höchsten moralischen Grundgesetze aller gewerkschaftlichen Verbände. In diesem Sinne ist daher auch jeder Streikbrecher, der sich an wilden Bewegungen, d. h. solchen, wie sie durch die Gavourfseherkonferenz (vgl. Nr. 34 des „Korr.“, 2. Seite, 1. Spalte) nicht bezeichnet wurden, nicht beschließt. Der Standpunkt der gewerkschaftlichen Solidarität erfordert beweis, mehr als je zuvor, geschlossene und einheitliche Gesellschaf im Rahmen der gesamten Gewerkschaft, und zwar nicht nur jeweils einzelner Mitglieder, sondern auch leitens aller Mitgliedschaften. Nur dann ist die Wirkung und machung, wenn wir alle unter Anlehnung an einheitliche Grundgesetze und einheitliche Führung und nicht auf Zerstückelung einstellen. Wer diesem Ziele dient und sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzt, dient sich und der Gesamtheit der Kollegenschaft besser, als wenn er mit fallch verhandener Solidarität die Schlagkraft unres Verbandes zum Spießgeißel und das Zertrünnen der Kollegenschaft in die gewerkschaftlichen Einzelkämpfer, vgl. Seite 238, 2. Spalte.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. In Zalkro gewährte Niedingers Buch- und Steindruckerei von einem im Herbst v. J. gewährten Vorkauf in Höhe von 1000 Mk. für Verheirathete und 500 Mk. für Ledige allen Beteiligten einen Nachschuß von 200 Mk. für die Verheiratheten und 100 Mk. für die Ledigen. Die Buchdrucker Franz Lindner am gleichen Ort erstreute einen Kollegen aus Anlaß seiner 25jährigen Betriebszugehörigkeit durch ein Geschenk von 1000 Mk. — In Plauen gewährte die Geschichtsbilderfabrik G. W. Kaiser jenen Arbeitern, die zu Ostern einen Konfirmanden hatten, einen belohnenden Zuschuß von je 250 Mk.; fünf Betriebsangehörige traten in den Genuss dieses Entgegenkommens.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer Stuttgart haben die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden: Richard Dauer aus Stuttgart, Heinrich Dettle aus Hebenhausen, Erwin Plank aus Ehlingen und Gustav Thum aus Heilbronn.

Kommunistische Klatschen gegen Buchdrucker. Während der kommunistischen Irubien in Mansfelder Lande wurde u. a. auch die Buchdruckererei von Fröh Schnee in Helfstedt (Elbhar) teilweise in die Luft gesprengt. Glücklicherweise blieben die Betriebsräume (Maschinenaal und Cehere) unbeschädigt, so daß die dort beschäftigten zehn Weibchen vor Arbeitslosigkeit bewahrt blieben. — Aus Halle ist noch zu berichten, daß wegen Verbots der kommunistischen Blätter, die in der dortigen Genofenschaftsdruckerei („Volkszeitung“) hergestellt wurden, die Setzer und Drucker auch die Herstellung der „Volkszeitung“ (unabhängig) verweigert haben. Die Geschichtsstellung war daher genügt, diese Zeitung in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ herstellen zu lassen. Die rechtslogikalische „Volksstimme“ und sämtliche bürgerliche Blätter wurden von den übrigen Kollegen in Halle selbstverständlich hergestellt und konnten insofern auch ungehindert erscheinen. Lediglich den kommunistischen Buchdruckern blieb es vorzuehalten, einen genossenschaftlichen Arbeiterbetrieb zu leibändigen, womit diese wohl am deutlichsten beweisen haben, wie wenig praktisches Verständnis sie für die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen besitzen. Es sind Linde Krawattler, die in wirtschaftlichen Fragen noch bedenklicher sind als in politischen.

Aufhebung der öffentlichen Papierbewirtschaftung. In voriger Nummer haben wir an dieser Stelle berichtet, daß die Reichsregierung der von einem Teile der Zeitungserleger (hauptsächlich Verleger größerer Tageszeitungen) geforderten Aufhebung der öffentlichen Papierbewirtschaftung

ihre Zustimmung verleiht und sich für deren Fortsetzung auch im zweiten Quartal entscheiden hat. Anzuweisen hat hier aber die Reichsregierung wieder anders besonnen und hat in der Sitzung des Reichskabinetts am 1. April beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Dieser Beschluß soll eine Folge des Willens der deutschen Zeitungserleger gegen die neue Papierpreiserhöhung durch die Papierfabrikanten sein. Mit diesem Beschlusse fällt nun für die Zukunft die amtliche Preisfestsetzung weg. Und die Reichsregierung will durch äußerste Förderung der Produktion und durch strenge Handhabung der Anstufungskontrolle für Zeitungsdrukpapier dafür sorgen, daß der Inlandsbedarf der deutschen Presse sichergestellt bleibt. Diese Maßnahme liegt jedoch in ihren Wirkungen in direkt entgegengesetzelter Richtung, als es die in Hannover veranlaßt gewordenen Zeitungserleger gewünscht haben. Diese fordern von der Regierung energische Schritte, um eine den Bedürfnissen der deutschen Presse gerecht werdende Preisfestsetzung in Form einer erheblichen Herabsetzung von den Fabrikanten geforderten Preise herbeizuföhren. Die Regierung beantwortete nun diese Forderung dadurch, daß sie auf jede weitere Einwirkung auf die Preisgestaltung verzichtete und den Papierfabrikanten und privaten Preisdiskontrollanten das Feld vollständig überließ. Und mit Recht bezeichnet z. B. der Berliner „Vorwärts“ es als eine Freilöhrung der Öffentlichkeit, wenn die Reichsregierung erklärt, sie wolle „wie bisher durch äußerste Förderung der Produktion den Inlandsbedarf sicherstellen“. Dies ist geradezu blutiger Spott, denn die Produktion der deutschen Druckpapierfabriken reicht insofern der an sich schon bedrängten Lage der deutschen Presse völlig aus, um selbst einen sehr erhöhten Bedarf zu decken. Nicht durch Förderung der Produktion ist der deutschen Presse und damit dem deutschen Volke zu helfen, sondern dadurch, daß man dem Verbraucher den Papierbezug überhaupt ermöglicht durch Festsetzung eines angemessenen Preises oder im Notfall auch durch Verbilligung des Papiers aus Staatsmitteln. Durch das Verlegen der Reichsregierung ist die Papierfrage natürlich nicht gelöst, sondern erst recht aufge-rollt. Die Öffentlichkeit wird sich nicht damit beruhigen können, daß ein großer Teil der selbständigen Presse einfach zum Tode verurteilt wird zum Nutzen der von Moskau oder Ossen Subventionierten. Sollen sich die Reichstags in dieser Angelegenheit ein erstes Wort sprechen.“ Wir sind zwar auch der Ansicht, daß im Reichstag wohl ganz deutliche Worte zu diesem Thema gesprochen werden dürfen, aber wir verprechen uns sehr wenig Erfolg davon. Diese Frage hängt nämlich mit der ganzen sinnlosen und allgegenwärtigen Situation der privatkapitalistischen Wirtschaft so eng zusammen, daß hier insbesondere die bürgerliche Presse nur zu süßen bekommt, was sie selbst durch ihre volkswirtschaftliche Theorien grobgezogen hat. Da wir demnach dieses Problem an anderer Stelle eingehender behandeln werden, so verzichten wir vorläufig auf die Beleuchtung weiterer Einzelheiten. Nur soviel möchten wir hier schon sagen, daß wenn sich die bis jetzt noch von großindustriellen und kapitalistischen Kreisen treffende bürgerliche Presse auf dem Gebiete der Papierproduktion nicht sofort in praktischer und genossenschaftlicher Weise zur Selbsthilfe zusammenschließt, dann wird ihr nicht mehr zu helfen sein.

Zur Beachtung für Kriegsbeschädigte. Wie das Organ des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte in seiner Nummer vom 1. April mitteilt, ist eine Anrechnung der ab 1. Mai 1920 gewährten Feuerungszulage von 30 Proz. auf die nach § 94 des Feuerungsverordnungsgeleges zuzurechnenden Abfindungssummen unzulässig. Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 14. Dezember 1920 (Nr. IV A. 2. 3548. 20), veröffentlicht in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsarbeitsministeriums“ (Seite 55 vom 21. Dezember 1920) bestimmt ausdrücklich, daß dieser Feuerungszulage auf die betreffenden Abfindungssummen nicht in Anrechnung gebracht werden darf. Wo dennoch eine solche vorgenommen wurde, ist unter Berufung auf diesen Erlaß beim zuständigen Versorgungsamt Einspruch zu erheben. — Sterbegeld für Kriegsbeschädigte haben nach § 34 des Reichsverordnungsgeleges die Hinterbliebenen eines Rentenempfängers zu beantragen. Unter Rentenempfänger sind hier nicht nur Beschädigte zu verstehen, denen auf Grund der Folgen einer als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsföhrung Rente bewilligt worden ist, sondern auch solche, denen auf Grund des § 32 des Reichsverordnungsgeleges Übergangsgeld gezahlt wird. Das Sterbegeld beträgt für die Orisklasse A 400 Mk., B und C 350 Mk., D 300 Mk., E 250 Mk. Zu diesen Beträgen wird gemäß § 87 des Reichsverordnungsgeleges bis zum 31. Dezember 1921 ein Feuerungszulage von 25 Proz. gewährt. Vom 1. Januar 1921 beträgt dieser Feuerungszulage 35 Proz. Das Sterbegeld wird an diejenige gezahlt, welche die Bestattung befragt haben. Meißt ein Überchuß, so find nacheinander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, der Großvater, die Großmutter, die Geschwister und Geschwisterkinder bezugsberechtigt, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit des Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Auf das nach dem Reichsverordnungsgelech zuzurechnende Sterbegeld wird ein auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu zahlendes Sterbegeld angerechnet. Es kommt also in jedem Falle beim Tod eines Krankenkassenmitgliedes das von der Krankenkasse gewährte Sterbegeld in Anrechnung.

Die Kerlen der Reichsbeamten. Laut Beschluß des Reichskabinetts erhalten alle Reichsbeamten, ohne daß es eines besonderen Antrags bedarf, alljährlich einen Erziehungsurlass nach folgenden Richtlinien: Die Urlaubsdauer ist unter Berücksichtigung der Familienlage und des Lebensalters der Beamten abzumessen. Etlich für die Be-



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich miteinzuliefern.

Beilage zu Nr. 40 — Leipzig, den 7. April 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Schweiz.** Nach dem Entschiede des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements anlässlich des letzten Streiks hätte Anfang März eine gemischte Kommission von Prinzipalen und Gehilfen zusammentreten sollen, um zu prüfen, ob der „Preisabbau“ so weit vorgeschritten sei, daß man auch bei den Löhnen anfangen könne. Der „Typographenbund“ hatte seine Delegation bereits bestimmt. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Buchdruckervereins hat jedoch dem Einigungsantrag mitgeteilt, daß die von der außerordentlichen Delegiertenversammlung eingeleitete Kommission beschlossen habe, es seien die gegenwärtigen Lohnzuflagen bis auf weiteres zu zahlen. Inzwischen werde sich eine Generalversammlung mit den Anträgen der Kommission befassen. Der Buchdruckerverein verzichte deswegen darauf, eine Delegation für die im Entschiede des Volkswirtschaftsdepartements vorgesehene Kommission zu bestimmen. Die oben erwähnte Generalversammlung des Buchdruckervereins fand am 6. März in Bern statt; ihre Entschiede waren aber nicht nach dem Wunsch der Scharfmacher, die Mehrheit wollte nichts von einer Kündigung oder dem Austritt aus der Berufsgemeinschaft wissen. Im Gegenteil, die Herren Scharfmacher von St. Gallen und Bern mußten sich bittere Wahrheiten sagen lassen. Der Großteil der Prinzipale sah offenbar die Gefährlichkeit dieses Streikens ein. Auch in der „Buchdruckerzeitung“ wurde mit den St. Galler Prinzipalen mit aller Deutlichkeit abgerechnet. Sie haben nun ihre Blamage und lachen sich nun auf ganz kleinliche und zum Teil erbärmliche Art an ihren Gehilfen zu rächen. Aber man wird auch da mit ihnen fertig werden.

Die Konditionslosigkeit nimmt in einzelnen Gegenden erschreckende Formen an, und es ist auch gar keine Aussicht auf irgendwelche Besserung. Es ist ohne weiteres klar, solange die uns umgebenden Länder nicht zur Ruhe kommen und kaufkräftiger werden, und solange der politische Sozialismus mit düsteren Wolken verhängt ist, so lange wird es auch in der kleinen Schweiz nicht besser. Das Zentralkomitee hat nun beschlossen, die Dauer der Konditionslosenunterstützung auf 96 Tage auszuweiten und zur Deckung der Mehrausgaben bis auf weiteres eine Ergänzsteuer von 20 Pf. pro Woche zu erheben.

Die Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes findet dieses Jahr in dem alten Städtchen Rapperswil am 15. und 16. Mai (Mittwoch) statt. Vor dem Kriege war die Generalversammlung immer ein Zusammenströmen, ein Treffpunkt der Kollegen aus dem ganzen Verbandsgebiet, alle Freundschaften wurden erneuert und überhaupt die Kollegialität bekam einen mächtigen Impuls. Heute ist dies anders. Wohl steht der Besuch der Tagung immer noch jedem Mitglied frei, aber viele Kollegen müssen heute darauf verzichten, die Kosten sind zu hoch und die Verhältnisse zu drückend.

**Ungarn.** Aber das Resultat der beim Abbruch des Kampfes der 6000 ungarischen Bucharbeiter am 4. März sofort eingeleiteten Verhandlungen über die Lohnforderungen liegt uns nunmehr eine Meldung vor. Es wurden danach folgende neue Lohnzulagen vereinbart: Facharbeiter, mit Ausnahme der im ersten und zweiten Gehilfenjahre stehenden, erhalten 360 Kr., Freigewordene im ersten Gehilfenjahre 280 Kr., Arbeiterinnen 220 Kr., Hilfsarbeiter 220 Kr. Diese Zulagen kommen in zwei Halbraten zur Auszahlung. Mit der Woche vom 21. bis 26. März beginnend (erste Auszahlung 26. März), erhalten die bei Tagesstellungen in ausgesprochenen Nacht- oder gemischten Betrieben beschäftigten Facharbeiter 220 Kr., alle andern Facharbeiter, mit Ausnahme der im ersten und zweiten Gehilfenjahre stehenden, 180 Kr., Freigewordene im ersten Gehilfenjahre 125 Kr., im zweiten Gehilfenjahre 130 Kr., Arbeiterinnen 125 Kr., die bei Tagesstellungen in ausgesprochenen Nacht- oder gemischten Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter 135 Kr., alle übrigen Hilfsarbeiter 125 Kr. Zwar sind mit diesen für Budapest geltenden Sätzen die Forderungen der Bucharbeiter nicht als voll erfüllt anzusehen, aber das Erfreulichste an der Bewegung ist, daß die Organisation aus dem Kampfe umwehrt hervorgegangen ist. Auch über Verhandlungen für die Provinz wurde am 9. März nach abschließenden ununterbrochenen Verhandlungen ein Abereinkommen zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt. Was die Herstellung des von der Horthy-Regierung herausgegebenen Interimsblasses anlangt, wäre noch nachzufragen, daß daran neben Führern der Technischen Hochschule auch — „Bräute Christi“ beteiligt waren. Viele Anhängerinnen eines geistlichen Ordens vermochten natürlich das Kraut auch nicht fett zu machen.

**Großbritannien.** Die Geschäftslage im Buchgewerbe Englands ist noch immer klar und leblos. Die Nachfrage nach Druckarbeiten ist vermindert, und das Gewerbe lebt sozusagen von der Hand in den Mund. Unter solchen Verhältnissen kann die Gehilfenchaft gegenwärtig nicht an irgendeine Lohn- oder an eine Abwehrbewegung denken, obwohl eine Bewegung der letzteren

Art nabelegend wäre angesichts der Neigung gewisser Prinzipale, sich den aus dem Nationalvertrag entspringenden fortläufigen Verpflichtungen zu entziehen. Nach jenem Vertrage haben die Gehilfen für alle gelebten Feiertage den vollen Lohn zu beanspruchen. Um sich von der Erfüllung dieses Anspruchs zu drücken, verfolgten nicht wenige Prinzipale in der Provinz die Politik, vor den Feiertagen ihre Personalabteilung auf ein Minimum herabzusetzen. Infolgedessen waren diese Ostern Hunderte von Kollegen arbeitslos.

Was die gewerbliche Arbeitslosigkeit im allgemeinen anbetrifft, so kann von einer kleinen Besserung berichtet werden. In den großen Städten hat sich die Arbeitslosenzahl etwas verringert, dank der von den örtlichen Organisationsstellen getroffenen Maßnahmen. Glücklicherweise ist auch die Inflation der Lebensmittelpreise weiter gesunken, im ganzen um 14 Punkte innerhalb der letzten Wochen. Die Londoner Sebergewerkschaft hat neulich jedem Mitglied eine wöchentliche Steuer von 1 Schilling 6 Pence und 3 Pence pro Stunde für alle Überarbeit zur Unterstützung der Arbeitslosen auferlegt.

Aus dem englischen Zeitungsgewerbe ist diesmal wenig Neues zu berichten. Die Papierpreise sind gegenwärtig etwas geringer (etwa 4 Pence pro Pfund), aber die Papierbeschaffung selbst bleibt für die heutigen Bedürfnisse immer noch unzureichend. — Noch eine große Tageszeitung ist eingegangen. Infolge hoher Druckkosten und scharfer Konkurrenz von London aus sah sich vor kurzem die „Leicester Daily Post“ gezwungen, ihre Pforten zu schließen. Im Jahre 1870 gegründet, erfreute sich diese Zeitung bzw. ihr Herausgeber eines guten Namens unter den Mitgliedern des Provinzverbandes und die Wohlwollenheit Mittelenglands verzeihend mit Bedauern das Eingehen der genannten Zeitung. — Die Bewegung unter den kleineren Zeitungsverlegern Schottlands zur Herbeiführung eines Lohnabbaues blieb in den Anfängen stecken; man hält wahrscheinlich die Zeit noch nicht reif für ein Vorgehen auf der ganzen Linie.

Wie groß das Interesse der englischen Arbeiter an allen Sportereignissen ist, dürfte wohl bekannt sein. Immerhin ergab es einiges Aufsehen, als der leitende Redakteur des „Daily Herald“, George Rankin, kürzlich selbst einem Fußballspiele beizuwohnte, um den Gang des Spieles in der einzigen sozialdemokratischen Arbeiterzeitung Englands beobachten zu können. Moskau und die dritte Internationale sind für die englische Arbeiterchaft weit entfernt von ihren Fußballspielplätzen.

**Amerika.** Wie wir in der „Buchdruckerzeitung“, dem offiziellen Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographen, lesen, wird jetzt in Amerika vom gelassenen Unternehmertum ein Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften geführt unter dem Schlagtrutz „Nieder mit der Union-Werkschäfte!“ Für die amerikanische Buchdrucker hat glücklicherweise der Schluß des Unternehmertums seinen Schaden verloren, denn sie sind zu gut organisiert, um sich durch Erhöhungen einschüchtern zu lassen, und sie wissen zu gut, daß die Buchdruckerzeitung, wenn sie ihre Betriebe erfolgreich im Gange halten wollen, wohl oder übel Verbandsmitglieder einstellen müssen. Welt mehr jedoch als durch den allgemeinen Kampf gegen die Gewerkschaften wird das amerikanische Buchdruckergewerbe durch die Beherrschung in Aufregung gebracht, die es als „Employing Printers of America“ organisierten Völkchen von Werk- und Abzweigendruckereien gegen die gesamte Gehilfenchaft entfalten, da sich diese erlaubt, vom kommenden 1. Mai ab die 44stündige Arbeitswoche bzw. den Sonnabendhalbtage in den Werk- und Abzweigendruckereien zu fördern. Doch diese Forderung keine plötzliche ist, sondern daß Verhandlungen darüber, sie auf friedlichem Weg und ohne Nachteil für das Buchdruckergewerbe einzuführen, schon seit mehr als zwei Jahren im Gange sind, und daß auch Vertreter verschiedener Organisationen von Trudereibesitzern ihren Arbeitern bereits vor Jahr und Tag die Einführung der 44stündigen Arbeitswoche am kommenden 1. Mai versprochen haben, sich die Herren weiter nicht an, sondern sie erheben ein Jammergeschrei im ganzen Lande darüber, daß „ihre“ Arbeiter mit ihrer beschriebenen Forderung die ganze Buchdruckerindustrie zerstören wollen, und sie stellen sich an, als ob die bösen Arbeiter ihnen und ihren Familien das zum Leben so sehr benötigte Stück Brot rauben würden, wenn sie sich weigern, auch am Sonnabenddruck mit ihr zu frönen. Im ganzen Lande beruft die unionistische Heilbrigade der Trudereibesitzer Versammlungen der Prinzipale ein, und in kommenden Aufrufen, die von Zeichnungen der ihrer Ansicht nach zu lauten Arbeiter nur lo wimmeln, werden die Trudereibesitzer aufgefordert, sich laut und lauter und jeder für sich gegen diese „unverheißene“ Forderung ihrer Arbeiter zu Wehr zu setzen. Und das alles nur, weil die Gehilfenchaft hehnen andern Ausweg sieht, um von den Tausenden von Buchdruckern, die jetzt in Amerika ohne Beschäftigung sind, wenigstens einen kleinen Teil wieder in Arbeit und Verdienst zu bringen. Es ist eben eine sonderbare Welt, diese Welt der Profitgale, in der wir jetzt leben!

Auf einer in Chicago im Februar abgehaltenen Sitzung der „Inland Daily Press Association“ gaben die Herausgeber des „New York Globe“ und der „Daven-

port Times“ ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, daß ein erheblicher Rückgang im Preise von Druckpapier in Amerika bevorstehe, so daß daselbst Anfang März d. J. auf 4 1/2 Cents und bis zum Sommer auf 3 1/2 Cents per Pfund sinken werde.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Hs. Bezirk Barmen.** Nachdem in der Bezirksversammlung vom 13. März zunächst das Andenken zweier verstorbenen Kollegen gebrüt worden war, wurde das Resultat der Schiedsgerichtswahl bekannt gegeben. Wegen die am Vororte vollzogene Wahl des Bezirksvorstandes wurden keine Einwendungen erhoben. Der gedruckte vorliegende Massenbericht über das vierte Quartal 1920 fand Genehmigung. Einen breiten Raum nahm der folgende Tagesordnungspunkt ein. Der Ortsverein Remscheid, der allem Anschein nach sich größtenteils aus „Zellenbauern“ zusammensetzt, hatte den allbekanntesten Antrag: Stellungnahme zu dem „Offenen Brief“ der VAPD, gestellt. Nachdem jeder Kollege mit einem Exemplar des „Offenen Briefes“ beglückt worden war, bemühte sich der Beauftragte des Antrags vergeblich, die Versammlung von seinem „ehrlichen Willen“, dem Unternehmertum eine Einheitsfront (?) gegenüberzustellen, zu überzeugen. Nach längerer Debatte, in der die Arbeiterpersönlichkeiten eine gründliche Absurde erlitten, wurde die Remscheider Resolution abgelehnt. Wegen wenige Stimmen stellte sich die Versammlung vielmehr auf den Boden einer Resolution der hiesigen Gewerkschaftskommission, die folgendermaßen lautet: „Die Gewerkschaftskommission Barmen-Eberfeld steht auf dem Standpunkt, daß es die vornehmste, aber auch die schwerste Aufgabe der deutschen Arbeiter ist, die Einheitsfront ihrer Bewegung wieder herzustellen. Die Gewerkschaftskommission ist bereit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die gemeinsame Aktion und als ferneres Ziel die Einheitsfront der Arbeiterbewegung zu fördern. Den von der VAPD, im „Offenen Brief“ betretenen Weg hält die Gewerkschaftskommission nicht für durchführbar. Es ist eine Einigung auf dem Programm einer bestimmten Partei nicht möglich, da mit aufem Recht alle Parteien ihr Programm als das richtige ansehen und ein Abgeben ablehnen werden. Die Gewerkschaftskommission steht auf dem Standpunkt, daß die von der VAPD, eingeleitete Aktion lediglich dem Agitationsbedürfnis entsprungen und nur berechnet ist, ihre eigenen arbeitserheblichen Bestrebungen zu verdecken. Durch das bisherige Verhalten und die Aufrufe der VAPD, besonders in der Betriebsfrage, ist die Gewerkschaftskommission in der Aufassung gekommen, daß sie die VAPD, als Zerfallener der Gewerkschaften zu betrachten hat. Die Gewerkschaftskommission erklärt es mit den gewerkschaftlichen Grundfäden für unvereinbar, die in den Moskauer Richtlinien niedergelegten Grundzüge in den Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen, da hierdurch die Einheitsfront der Gewerkschaften zertrümmert wird. Die Gewerkschaftsbewegung wird das Band bilden zur Herstellung der einheitsfrontlichen politischen Bewegung und ist als heiligstes Gut der Arbeiterschaft unter allen Umständen zu erhalten.“ Hierauf nahm die Versammlung den Bericht des Beauftragten E. Harp (Eberfeld) von der Kreisamtsitzung und der Bezirksvorsitzberichterstattung entgegen. Prinzipalsseitig war in Köln alles auf Lohnabbau gestimmt, während die Gehilfenvertreter erklärten, unter den jetzigen Verhältnissen einer Herabsetzung des Lohnes entschieden entgegenzusetzen zu müssen. In der Diskussion wurde betont, daß sich die Wupperthaler unter keinen Umständen einen Lohnabbau gelassen ließen. Zum Schluß wurde zum Verkürzarbeiten Stellung genommen und einige vom Vorstande vorgeschlagene Änderungen im Bezirksstatut aufgegeben.

**Berlin.** Am 1. April d. J. beging der Seberkollege Franz Ewen in der Firma Rudolf Wolff, Jerusalemer Straße, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Seit den ersten Gehilfenjahren ist er ein treues und regames Mitglied unfrer Organisation. Bei geistiger und körperlicher Frische geht der Jubilar auch heute noch seinem Berufe nach. Am Sonntag, dem 24. April, veranstalteten die Kollegen der Firma ihm zu Ehren einen Familienabend in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

**Berlin.** (Generalversammlung am 11. März.) Tagesordnung: 1. Situationsbericht und Beratung über die Anträge der Bezirke; 2. Festschließung des Verbandsbeitrags und erneute Stellungnahme zu der Besserung der Überstunden; 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 der Tagesordnung stellte Kollege Massini mit, daß die Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberufe im allgemeinen nachgefallen habe. Bei einem Mitgliederstand von 13250 waren in Berlin am 1. März 250 Kollegen krank und 205 arbeitslos. Circa drei Viertel der Arbeitslosen sind Trudierkollegen. Die tiefere Ursache hierzu muß erst noch ergründet werden. Es ist jedoch fest, daß die technischen Fortschritte, speziell in dem in den letzten Jahren bedeutend verbesserten Offsetverfahren, den Hauptanteil an der ausfallenden Arbeitslosigkeit der Trudier haben. Wegen die Entwicklung kann man nicht an-

